

Beschluss (vorläufig) Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 An vielen Orten in unserem Land sind die offenen Baustellen des Auf-Verschleiß-
2 Fahrens immer noch spürbar. Vom undichten Schuldach bis zu einsturzgefährdeten
3 Brücken, zu wenig Ärzt*innen auf dem Land und nicht ausreichend Kita-Plätzen.
4 Gleichzeitig belasten steigende Mieten und hohe Lebensmittelpreise nicht die
5 Handvoll der reichsten Deutschen, sondern vor allem die Menschen, die ohnehin
6 schon jeden Cent umdrehen müssen. Wenn die Mehrheit der Bürger*innen nicht das
7 Gefühl hat, dass ihr Leben besser wird, gerät der gesellschaftliche Zusammenhalt
8 aus den Fugen. Wo nicht ausreichend investiert, wo jedes fünfte Kind von Armut
9 bedroht oder betroffen ist, wo das Land und seine Menschen kaputtgespart werden,
10 da gedeiht der Rechtspopulismus.

11 **Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt**

12 Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte, magerer Binnennachfrage und
13 Reallohnverlusten gefährden Kanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Teile der
14 CDU/CSU nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und
15 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn
16 ohne die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft
17 und eine soziale Abfederung ist die Transformation in Gefahr.

18 Mit dem Deutschlandticket, der Erhöhung von Mindestlohn und Kindergeld, dem
19 Startchancenprogramm, vier Milliarden Euro für bessere Kinderbetreuung, den
20 umfangreichen Förderungen für klimafreundliches Heizen oder die Strom- und
21 Gaspreisbremsen haben wir Grüne in der Bundesregierung in den vergangenen Jahren
22 dagegen gehalten und immer wieder konkrete Lebensverbesserungen für viele
23 Menschen durchgesetzt. Gemessen an dem, was nötig wäre, reicht das aber nicht.

24 Wir brauchen eine politische Agenda für ein Land, das funktioniert und bezahlbar
25 ist. Eine Agenda für gute öffentliche Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und für
26 höhere Löhne.

27 Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung
28 der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz
29 Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-
30 ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und
31 Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und
32 sozialer Gerechtigkeit. Andauernde internationale Herausforderungen und
33 Aggressionen zwingen uns dazu, in Zukunft unsere innere und äußere Sicherheit
34 weiter zu stärken. Das verlangt große staatliche Investitionen.

35 **Nicht nach unten treten, sondern gesellschaftliche Lasten fair verteilen**

36 Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und
37 wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf

38 diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Verlustängste und Unsicherheit,
39 ausgelöst durch Jahre wirtschaftlicher und politischer Krisen von Corona bis
40 Ukraine, schaffen hier einen gefährlichen Nährboden für das perfide politische
41 Spiel des gegeneinander Ausspielens ohnehin marginalisierter Gruppen und des
42 Schürens von Ressentiments gegen Bürgergeldbeziehende oder Geflüchtete. Das
43 machen wir GRÜNEN nicht mit. Dies soll nur von den wirklichen Ungerechtigkeiten
44 ablenken, etwa wenn Multi-Millionäre anteilig weniger Steuern zahlen als
45 Facharbeiter*innen und wenn die reichsten 1% in Deutschland insgesamt mehr
46 Vermögen haben als 90% der restlichen Menschen zusammen. In fast keinem anderen
47 Land der EU ist die Vermögenskonzentration so stark wie in Deutschland. Das
48 heißt unter anderem: Reichtum wird nahezu vollständig vererbt und beruht nur
49 noch selten auf Leistung. Dennoch werden Reiche gesellschaftlich bevorzugt.
50 Nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch in der Berufswelt und beim Einfluss
51 auf gesellschaftliche Entscheidungen. Gleichzeitig ist ein Aufstieg mit
52 Vermögensaufbau durch eigene Arbeit derzeit nahezu unmöglich

53 Deswegen nehmen wir GRÜNE die Superreichen in die Verantwortung und rücken die
54 Alltagsorgen der Menschen in den Mittelpunkt.

55
56 Unsere Vorschläge:

57 • **Schuldenbremse reformieren und Gerechtigkeitslücken im Steuersystem**
58 **schließen**

59 Um das Gemeinwohl zu stärken, bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Diese
60 sind notwendig, um in Bildung, Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zu
61 investieren und so den Wohlstand für alle zu sichern. Ein entscheidender Schritt
62 ist die Reform der Schuldenbremse. Angesichts des Investitionsstaus der letzten
63 Jahre müssen wir jetzt handeln und kluge Investitionsentscheidungen treffen,
64 damit wir den nachfolgenden Generationen ein modernes, funktionierendes und
65 klimaneutrales Land ermöglichen. Wir schlagen für diese investiven Ausgaben eine
66 Reform der Schuldenbremse und einen Deutschland-Investitionsfonds vor.

67
68 Wir müssen jedoch ebenfalls dafür sorgen, dass Menschen da sind, die sich um
69 unser Zusammenleben kümmern. Lehrerinnen und Erzieher, Busfahrerinnen und
70 Bademeister, Polizistinnen und Sozialarbeiter. Sie alle werden gebraucht und sie
71 alle haben gute Löhne und Arbeitsbedingungen verdient. Um diese laufenden
72 Ausgaben zu finanzieren, wollen wir Gerechtigkeitslücken in unserem Steuersystem
73 schließen.

74 • **Investitionen statt Investitionsbremse**

75 Das aktuelle Regelwerk der Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse für
76 Deutschland. Die Schuldenbremse muss reformiert werden, mit dem Ziel, die
77 Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen
78 getätigt werden, zu ermöglichen. Die Konjunkturkomponente muss für den nötigen
79 Spielraum ausgeweitet werden, um damit dem Staat zu ermöglichen, in
80 wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähiger zu sein.

81 Auf kommunaler Ebene geht der Städte- und Gemeindebund von einem
82 Investitionsstau von 186 Mrd. Euro aus. Bundesweit wird er vom IW auf 600 Mrd.
83 Euro beziffert. Wir machen deshalb einen neuen Vorschlag: den „Deutschland-
84 Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“. Europäisch setzen wir uns für

85 ein starkes Investitionsprogramm für öffentliche Infrastruktur und
86 Wettbewerbsfähigkeit ein. Investitionen in Klima- und Umweltschutz,
87 Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser Schienennetz haben
88 für uns die höchste Priorität.

89 • **Klimageld einführen**

90 Wir fordern ein Klimageld wie im V-Antrag "Klimageld einführen" beschrieben und
91 am 16.11.2024 auf der BDK in Wiesbaden beschlossen.

92 • **Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung**

93 Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm oder armutsgefährdet. In Armut
94 aufzuwachsen bedeutet häufig die bittere Erfahrung von Ausgrenzung sowie eine
95 Benachteiligung bei Wohnen, Gesundheit und Bildung. Kinderarmut in einem so
96 wohlhabenden Land wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir brauchen eine
97 armutsfeste Kindergrundsicherung, die die verschiedenen Leistungen
98 zusammenführt, um einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag ergänzt und
99 Anspruchsberechtigte unaufgefordert über die Leistung informiert. Die
100 Beantragung soll unbürokratisch über ein digitales Portal möglich sein.

101 • **Gute Löhne und starke Mitbestimmung**

102 Wer arbeitet, muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Gute Löhne sind
103 die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und ein funktionierendes
104 Sozialsystem.

105 Mit der Änderung des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der
106 Tarifbindung werden wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.
107 Deshalb setzen wir uns für eine höhere Tarifbindung, ein starkes
108 Tariftreuegesetz, eine nachhaltige Erleichterung der
109 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Kopplung von
110 Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen und einen schrittweise
111 steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 ein und das auch für unter
112 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60% des Medianlohns aus
113 der EU Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz. Mit der Änderung
114 des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der Tarifbindung werden
115 wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.

116 Für Auszubildende fordern wir eine bessere Mindestausbildungsvergütung, die ein
117 eigenständiges Leben ermöglicht. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage,
118 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die
119 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern.

120 • **Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit**

121 Deswegen brauchen wir verschiedene Maßnahmen, um bezahlbares Wohnen für alle
122 Menschen zu ermöglichen: Wir brauchen endlich starke Instrumente für
123 Mieter*innenschutz.

124 Wir fordern eine Verschärfung der Mietpreisbremse durch die Abschaffung von
125 Ausnahmen und eine Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Indexmieten
126 sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen
127 warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss

128 streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Wir
129 wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei
130 Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse.
131 Wir wollen "Housing First" Programme gegen Obdachlosigkeit unterstützen und
132 Gemeinwohlorientiertes- und Ressourcensparendes Bauen fördern.

133 Wir wissen, dass Mieter*innen ihre Rechte häufig nicht kennen oder sich nicht
134 trauen, sie rechtlich durchzusetzen. Dagegen hilft das strengste Mietrecht
135 nicht. Deswegen wollen wir einerseits Mieter*innen besser über ihre Rechte
136 aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, bei der Rechtsdurchsetzung zu
137 unterstützen. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig
nachweisen
138 können. Vorkaufsrechte und Baugebote der Kommunen wollen wir stärken.
139 Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser
140 qualifiziert werden.

141 Mit einer echten Neuen Wohngemeinnützigkeit nach dem Wiener Modell sichern und
142 schaffen wir dauerhaft sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Investitionen und
143 Steuererleichterungen. Unser Ziel ist es, gemeinwohlorientierte
144 Wohnungsunternehmen wie Baugenossenschaften stärker zu unterstützen.

145 Wir fordern, einen Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten zu ermöglichen.
146 Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft
147 werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern. Zudem fordern wir ein
148 höheres Förderprogramm zur Aktivierung des Gebäudebestands durch Sanierung,
149 Aufteilung, Aufstockung und Dachgeschossausbau, um leistbaren Wohnraum zu
150 schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für Investitionen in Höhe von mindestens
151 50 Mrd. für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und eine deutliche
152 Verlängerung von Sozialbindungen ein.

153 Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter*innen verhindern. Wir
154 akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite
155 ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen
156 Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese
157 Akteur*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die
158 Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht
159 werden.

160 Eine wesentliche Ursache für die Mietpreissteigerungen der vergangenen Jahre
161 sind auch die geringen Leerstandsquoten, denn unsere Städte wachsen und sind für
162 alle Altersgruppen attraktiv. Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass
163 insgesamt auch mehr Wohnraum entsteht und mehr Angebot geschaffen wird.

164 Bodenwertsteigerungen, die leistungslos durch Verbesserungen der öffentlichen
165 Qualitäten, durch Überplanung oder einfach über die Zeit steigen, sind ein
166 wichtiger Faktor für Mietenanstiege. Wir wollen perspektivisch Ansätze
167 weiterentwickeln, die diese Steigerungen bremsen könnten.

168 Steuerfreiheit von Gewinnen aus Immobilienverkäufen beenden

169 Aktuell sind Gewinne aus Immobilienverkäufen nach einer "Spekulationsfrist" von
170 zehn Jahren steuerfrei. Diese Regelung wird oft von Investoren genutzt, um auf
171 steigende Immobilienpreise zu spekulieren und anschließend steuerfreie Gewinne
172 zu erzielen. Dies führt zu erheblichen Steuermindereinnahmen in Höhe von

173 schätzungsweise 6 Milliarden Euro im Jahr. Wir fordern deshalb die Abschaffung
174 dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien.

175 Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im
176 Immobilienbereich beenden

177 Derzeit sind Immobiliengesellschaften, die ausschließlich vermögensverwaltend
178 tätig sind, von der Gewerbesteuer auf Mieteinnahmen befreit. Sie müssen also nur
179 Körperschaftsteuer von 15% auf ihre Gewinne zahlen, während alle anderen
180 Gesellschaften mit anderen Einkunftsquellen durchschnittlich etwa 29% Steuern
181 (Körperschafts- und Gewerbesteuer) zahlen. Diese Steuervergünstigung führt zu
182 Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen, lockt stark renditegetriebene
183 Investitionen in den Immobiliensektor und mindert die Einnahmen der Kommunen,
184 die die Gewerbesteuer als einzige eigene Einnahmequelle haben. Wir setzen uns
185 für die Abschaffung dieser Gewerbesteuerbefreiung bei Immobiliengesellschaften
186 ein. Dadurch entgehen den Kommunen schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich.

187 „Share Deals“ bei Immobilienkäufen verhindern

188 Durch sogenannte „Share Deals“ können große Immobilienunternehmen die
189 Grunderwerbsteuer umgehen, indem sie nicht die Immobilie selbst kaufen, sondern
190 Anteile an Immobiliengesellschaften übertragen. "Share Deals" machten in den
191 vergangenen Jahren in Ballungszentren sogar bis zu 30 Prozent der
192 Immobilientransaktionen aus. Wohl rund 1 Mrd. Euro kosten diese legalen
193 Umgehungen den Staat jährlich. Die Praxis der „Share Deals“ fördert zudem
194 Preisspekulation auf dem Immobilienmarkt und begünstigt Großinvestoren gegenüber
195 Einzelkäufern. Eine Lösung wäre eine Reform nach niederländischem Vorbild. So
196 würde die Grunderwerbsteuer ab einer Übernahme von wenigen Prozent einer
197 Immobiliengesellschaft anteilig anfallen.

198 • **Bund-Länder-Pakt „Mentale Gesundheit“**

199 Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen,
200 insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige
201 Zugänge zu passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben.
202 Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal müssen
203 finanziell gestärkt und stark ausgebaut werden.

204 • **Priorisiertes Vorgehen bei vermögensbezogener Besteuerung**

205 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im
206 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir Grüne
207 haben gute Konzepte für eine zielgerichtete Vermögensbesteuerung, die die
208 Vermögensungleichheit effektiv reduzieren, und die umsetzbar und gerecht sind.
209 Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärsteuer, wie sie Brasilien
210 im Rahmen der G20 vorgeschlagen hat. Eine fairere Erbschaftsteuer ohne Ausnahmen
211 für sehr große Vermögen. Eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher
212 wie „Share Deals“ oder andere Steuerausnahmen für Immobilienkonzerne. Eine
213 nationale Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen oberhalb eines Freibetrags von
214 mehreren Millionen Euro. Bei der Besteuerung von Vermögen haben wir
215 grundsätzlich neben den Zielen Gerechtigkeit und Gemeinwohlfinanzierung auch
216 immer den Erhalt von Investitionsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen bei den
217 Betriebsvermögen im Blick.

218 Wir Grüne möchten endlich etwas erreichen beim Angehen großer
219 Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung. Zu lange ist trotz breiter Forderungen
220 nichts passiert. Unsere Prioritäten sind: Der aktive Einsatz für die Einführung
221 der globalen Milliardärsteuer. Das effektive Angehen der Ausnahmen bei der
222 Erbschaftsteuer für sehr große Erbschaften. Das Schließen weiterer offenkundiger
223 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem vor allem bei der Immobilienbesteuerung und
224 beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

225 • **Deutschland soll sich aktiv für die Einführung der globalen**
226 **Milliardärsteuer einsetzen**

227 Viele Hochvermögende nutzen internationale Schlupflöcher, um ihre Steuerlast zu
228 minimieren. Eine Mindestabgabe auf das Vermögen der reichsten Menschen der Welt
229 würde dazu beitragen, die Finanzierung globaler Herausforderungen wie
230 Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu verbessern, kleine und mittlere Einkommen zu
231 entlasten und die Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Brasilien, das bis Dezember
232 2024 die G20-Präsidentschaft hält, hat kürzlich einen Vorschlag zu einer
233 globalen Steuer für Milliardäre bei den G20 eingebracht, um sicherzustellen,
234 dass Hochvermögende einen fairen Anteil zur Lösung globaler Probleme beitragen.
235 Wir Grüne unterstützen dieses Vorhaben und machen uns dafür stark, dass
236 Deutschland eine aktive Rolle für die Einführung einer globalen Milliardärsteuer
237 einnimmt. Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge gibt es
238 in Deutschland 255 Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als einer
239 Milliarde US-Dollar. Mögliche Einnahmen schätzt das DIW für Deutschland auf 5,7
240 Mrd. Euro.

241 • **Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren**

242 Wir fordern eine Erbschaftsteuer wie im V-Antrag "Für mehr Gerechtigkeit und
243 Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren" beschrieben und am 16.11.2024 auf der
244 BDK in Wiesbaden beschlossen.

245 Dazu gehört auch, dass wer heute Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem
246 Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erbt, keine Erbschaftsteuer
247 zahlen muss. Wer hingegen zwei oder drei Immobilien erbt und die Freibeträge
248 überschreitet, zahlt auf den restlichen Wert Erbschaft- oder Schenkungsteuer.
249 Diese Ausnahme für Erbschaften mit 300 oder mehr Wohneinheiten ist seltsam
250 ungerecht und sollte abgeschafft werden.

251 • **Gezielte Entlastungen für Haushalte mit Kindern**

252 Das Ehegattensplitting fördert traditionelle Geschlechterrollen und Altersarmut
253 bei Frauen. Es ist weder gerecht noch zeitgemäß und benachteiligt andere
254 Familienformen gegenüber verheirateten Paaren. Wir wollen gezielte Entlastung
255 von Familien mit Kindern, vor allem von Alleinerziehenden und ihren Kindern.
256 Hierbei müssen insbesondere Geringverdienende entlastet werden, u.a. durch eine
257 Steuergutschrift für Alleinerziehende.

258 • **Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern**

259 Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen
260 Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Dies
261 führt zu einer Benachteiligung von Arbeitnehmer*innen und begünstigt

262 insbesondere Menschen mit hohem Vermögen. Wir fordern daher eine Änderung der
263 Besteuerung von Kapitaleinkünften, um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast
264 zwischen Löhnen und Gehältern auf der einen Seite und Kapitalerträgen auf der
265 anderen Seite zu erreichen. Dies erreichen wir durch eine Reform der
266 Kapitalertragssteuer und eine Überführung von Kapitalerträgen in den allgemeinen
267 Einkommenssteuertarif. Den Sparerpauschbetrag wollen wir zur Vereinfachung und
268 zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands beibehalten. Damit wäre
269 sichergestellt, dass auch Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag zur
270 Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

271 • **Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung**
272 **von**
273 **Steuerumgehung**

273 Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität
274 noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100
275 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv
276 Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser
277 ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Um Vollzugsdefizite bei der
278 Bekämpfung von Steuerkriminalität zu beheben, müssen Kompetenzen bei einer
279 bundesweiten Ermittlungsbehörde gebündelt werden. Das Bundesamt zur Bekämpfung
280 von Finanzkriminalität sollte deshalb auch für Steuerkriminalität in diesen
281 Fällen zuständig sein. Die Milliarden Gewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen
282 wir konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte
283 Kassen und grenzüberschreitende Karusselgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei
284 der Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass
285 Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren
286 ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

287 Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu
288 umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher
289 ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte
290 Gesetzesänderungen verhindern.

291 • **Alle Kommunen handlungsfähig machen zur Abwendung der**
292 **kommunalen Finanznot**

292 Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die
293 Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der
294 kommunalen Familie schreitet voran. Konkret bedeutet das: Jede zweite Kommune
295 sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz und wichtige soziale
296 Veränderungen anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen
297 ausgeglichenen Haushalt aufstellen, viele von ihnen sind in der sogenannten
298 Haushaltssicherung und können eigenständig überhaupt keine Investitionen
299 tätigen. Allein die Investitionsrückstände, um die kommunale Infrastruktur auf
300 aktuellem Niveau zu halten, belaufen sich auf mittlerweile 186,1 Milliarden weil
301 Deutschland schon jahrelang hier so wenig investiert hat wie sonst fast kein EU-
302 Land.

303 Damit in Zukunft alle Kommunen wieder allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen
304 und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen können, muss sich an der
305 finanziellen Situation der Kommunen etwas grundlegend ändern.

306 Wie auch schon in vorherigen Parteiprogrammen benannt, müssen Sozialaufgaben und
307 weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig und im Sinne des
308 Konnexitätsprinzips von den Ländern und dem Bund übernommen werden. Wer
309 bestellt, der bezahlt. Aktuell nötigen die Schuldenbremse und die nicht
310 ausgeglichenen Zahlungen im Rahmen des Konnexitätsprinzips auf Bundes- und
311 Landesebene die Kommunen dazu, Schulden aufzunehmen. Hier müssen sich die Länder
312 und der Bund stärker als bisher engagieren. Die aktuell über Förderprogramme
313 ausgeschütteten Gelder müssen zukünftig vermehrt den Kommunen direkt zur
314 Verfügung gestellt werden. Das spart Bürokratie, vereinfacht eine zielgerechte
315 Verwendung der Gelder und stellt eine langfristige Lösung dar. Insbesondere soll
316 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht werden.
317 Dazu sollte der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen erhöht werden und die
318 Verteilung sich an dem echten Bedarf vor Ort orientieren. Die verbleibenden
319 Förderprogramme werden an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen
320 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ausgerichtet. Damit die sozial-
321 ökologische Transformation überall weitergehen kann, müssen hochverschuldete
322 Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Kredite zu finanzieren. Dazu schlagen
323 wir einen Altschuldenfonds vor.

324 Um eine bessere Analyse und eine Vergleichbarkeit der Vermögenssituation
325 herzustellen, wollen wir die Haushalte von Kommunen, Ländern und dem Bund
326 künftig nach den Grundsätzen der doppelten Haushaltsführung transparenter und
327 generationengerechter gestalten.

328 • **Sozialverträglicher Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen**

329 Deutschland hat sich bereits 2009 im Rahmen der G20-Staaten auf internationaler
330 Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen
331 ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Im Rahmen der
332 G7-Staaten hat sich Deutschland verpflichtet die Abschaffung bis 2025
333 umzusetzen. Außerdem hat sich Deutschland auch im Rahmen des Montrealer
334 Artenschutzabkommen verpflichtet bis 2030 umweltschädliche Subventionen
335 abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in
336 den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit
337 Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8
338 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher
339 Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große
340 Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen
341 profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch
342 klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatlichen
343 Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und
344 Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Deutschland muss
345 zu seinen internationalen Zusagen stehen.

346 Wir fordern daher, klima- und umweltschädliche Subventionen und weitere
347 staatliche Begünstigungen, die Umwelt und Klima schädigen können, konsequent
348 abzubauen. Nötig ist dabei ein Konzept, wie klima- und umweltschädliche
349 Subventionen und weitere Begünstigungen konkret und umfassend abgebaut werden
350 und das allen, sowohl Menschen als auch Unternehmen, Verlässlichkeit durch einen
351 klaren Rahmen bietet. Der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen und
352 weiterer staatlicher Begünstigungen muss sozialverträglich geschehen. Deshalb
353 setzen wir uns dafür ein, in 2025 einen Plan für den Ausstieg aus klima- und

354 umweltschädlichen Subventionen, seine Umsetzung bis spätestens 2030 und den
355 Einstieg in ein besseres System sozial-ökologischer Unterstützungen vorzulegen.
356 Für uns ist es unabdingbar, dass bei dieser Umsetzung unserer internationalen
357 Verpflichtungen der soziale Zusammenhalt immer mitgedacht wird. Dazu gehören für
358 uns großzügige Entlastungen, die für kleine und mittlere Einkommen mögliche
359 Zusatzbelastungen im Vergleich zum Status-Quo ausgleichen.